

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Republik. 1918-1930  
41 (1927)**

233 (5.10.1927)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-546318](#)

Die "Republik" erscheint täglich mit Zusatzblättern der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat 250 Reichsmark bei Haus, für Abholung von der Redaktion (Peterstraße 76) 195 Reichsmark, durch die Post bezogen für den Monat 230 Reichsmark.

# Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76  
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Mittwoch, 5. Oktober 1927 \* Nr. 233

Redaktion: Peterstraße Nr. 76  
Fernsprecher Nr. 58

## Die Forderung nach höheren Arbeiterlöhnen.

Und wie ein deutschsozialistischer Abgeordneter dagegen steht!

Weltweit der Rechtsblock regiert, sind die Lebenshaltungs-osten unzureichend gestiegen. Neben der Zollpolitik ist das im wesentlichen auf die zweimalige Erhöhung der Mieten zurückzuführen. Im Haushalt der Lohn- und Gehaltsempfänger verschlingt daher gegenwärtig die Miete etwa denselben Anteil des Lohnes wie in der Friedenszeit. Die steigenden Preise haben überall zu den Verlangen nach höherer Entlohnung geführt. In unzähligen Bewegungen ist ein allerdings nur geringer Teil dieser Lohnforderungen durchgesetzt worden. Die bedeutsamste Bevölkerungsgruppe soll auch den Beamten eine erhebliche Steigerung ihrer Bezüge bringen. Doch durch die Bevölkerungsreform, die Gehälter der unteren Beamten wesentlich ausgedehnt werden, verhindert sie nicht der sozialen Einheit des Rechtsblocks. Die entscheidende Ursache dafür ist vielmehr der unzureichende Druck, den die Arbeiter und Angestellten mit ihren Organisationen auf den Lohnstand in der Privatwirtschaft ausüben haben, und dem sich nun auch die öffentlichen Körperschaften nicht mehr länger entziehen können.

Man sollte meinen, daß dieses gemeinsame Interesse aller Arbeitnehmer auch von den Beamten anerkannt würde. Aber das ist leider nicht der Fall. Innerhalb der verschiedenen Gruppen der Beamtenchaft, die jedes Zusammengehen mit den Arbeitern und Angestellten ablehnen und die nur an ihr eigenes Wohl denken, steht man mit Sorge, daß auch die Arbeiter und Angestellten weiterhin bemüht sind, einen Ausgleich für die Teuerung durch höhere Löhne zu erzielen. Das Empörbare auf diesem Gebiet aber hat sich der volksparteilichen Reichstagsabgeordnete Morath geleistet. In einem Artikel der "Täglichen Rundschau": "Gehälter, Löhne, Preise" warnt er vor den Bevölkerungsreformen, die aus Lohn erhöhungen hervorgerufen und fordert er den Reichsarbeitsminister auf, unverzüglich Lohnforderungen abzulehnen. Wörtlich heißt es in seinem Aufsatz:

"Es besteht die volkswirtschaftlich nicht groß genug eingeschätzende Bedrohung, daß der Gehaltserhöhung für Beamte eine Lohn erhöhung aller übrigen Arbeitnehmer auf dem Fuße folgt." Und an anderer Stelle heißt es: "Dennoch stehen wir mittler in einer neuen Lohnbewegung. Den Sieg wäre von großem katastrophalem Folgen nicht nur für unsere gesamte Wirtschaft, sondern auch für alle Arbeitnehmer."

Zweifellos spricht aus diesem schamhaften Bekennnis von Herrn Morath nicht nur der Beamtenvertreter, sondern ebenso der Vertreter der großkapitalistischen Deutschen Volkspartei. Das Interesse der Beamten wird durch Lohn erhöhungen der Angestellten und Arbeiter in keiner Weise geschädigt. Ebensoviel das Interesse der Volkswirtschaft. Es ist eine durch nichts begründete Behauptung, daß Lohn erhöhungen für Angestellte und Arbeiter Preissteigerungen zwangsläufig zur Folge haben müssen. In den allermeisten Industrien ist in den letzten Jahren durch technische und organisatorische Fortschritte die Produktion so erhöht, daß verbilligt werden kann, daß höhere Löhne ohne höhere Preise gezahlt werden können. Auch ist der Lohnanteil am Gesamtpreis so gering, daß er keinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Preis Höhe ausübt. Denkt man ferner daran, daß die Steueraufkosten von 1925 zu 1927 um fast 50 Prozent gesunken sind, und die Rentabilität der Unternehmungen erheblich gestiegen ist, so hat man weitere Anhaltpunkte dafür, daß Preissteigerungen verhindert werden können, auch wenn Lohn erhöhungen eintreten.

Unverhüllt aber ist die Argumentation des Herrn Morath im einzelnen. Er behauptet, daß die Löhne in den letzten drei Jahren im Durchschnitt um mehr als 30 Prozent gestiegen sind. Das ist eine lächerliche Übertriebung. Nur in ganz wenigen Industrien mit andauernd günstiger Konjunktur haben die Löhne diese Höhe erreicht. Morath verschweigt aber, daß in der gleichen Zeit die Miete von 40 Prozent der Friedensmiete auf 120 Prozent der Friedensmiete gestiegen worden ist, also fast verdreifacht hat. Er verschweigt ferner, daß die gesamten Lebenshaltungskosten von etwa 125 Prozent auf 150 Prozent gestiegen sind. Infolgedessen hat die zahlenmäßige Steigerung der Löhne fast keine Erhöhung des Reallohnes und keine Verbesserung der Lebenshaltung gebracht. Schließlich aber verschweigt Morath auch, daß am 1. Oktober die neue Mietsteigerung eingetreten ist, und daß daher das Lebensintervalle breiter geworden ist, und Angestellte dringend eine weitere Erhöhung der Löhne verlangt.

Morath bemüht sich aber auch noch, durch ein anderes Argument die Beamten und die Staatsgewalt gegen die Lohn erhöhungen für Arbeiter und Angestellte aufzutreten. Er behauptet, daß neuen Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten nichtstand, da gegen die Erhöhung der Beamtengehälter. Daraus kann natürlich gar keine Rede sein. Die Organi-

sationen der Arbeiter und Angestellten haben immer anerkannt, daß viele Gruppen der unteren und mittleren Beamten ungünstig entlohnt werden, und ihre Verstellung notwendig ist. An dieser Ausstellung halten sie auch gegenwärtig fest. Aber wenn können sie nicht gelassen lassen, daß durch eine kapitalistische Wirtschaftspolitik mit dauernden Bevölkerungs- und Erhöhungen des Unternehmergewinnens die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten weiter eingeschränkt wird. Sie müssen auch darauf bedacht sein, daß die Löhne in der Privatwirtschaft nicht allzu sehr die hinter den Gehältern zurückbleiben, die die öffentlichen Körperschaften für gleiche Dienste zahlen. Bereits jetzt man die Ansstellung der Beamten auf Lebenszeit, sowie ihr Recht auf Pension und vergleicht dann die Bezüge von gekenterten und qualifizierten Arbeitergruppen mit den entsprechenden Beamtengruppen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Be-

amten sich bisher bereits besser stellen und künftig noch weiter gehoben werden.

Wir haben gegen diese Entwicklung nichts einzubringen, da wir alle Löhne und Gehälter in Deutschland für zu niedrig und aufbevölkerungsfähig halten. Es ist aber notwendig, die Gefahr zu erkennen, die durch die Gedankengänge derjenigen entsteht, die einen Krieg zwischen Arbeiter und Angestellten und Beamten treiben und die Staatsgewalt zum Einschreiten gegen Lohn erhöhungen veranlassen wollen. Wir warnen den Reichsarbeitsminister, solche leichtfertigen Ratgeber zu schicken. Die große Welle der Lohnbewegung ist nicht die Folge der Erhöhung der Beamtengehälter. Sie ist vielmehr die Folge des Zurückbleibens der Löhne überhaupt und die Folge der Teuerung, die durch die Maßnahmen der Reichsregierung gefördert worden ist. Deshalb brauchen wir Lohn erhöhungen und deshalb werden sich die Arbeiter und Angestellten die Lohn erhöhungen erklämpfen, wenn sie ihnen nicht freiwillig gegeben werden.

## Die Herren Angeklagten sind nicht erschienen... hoffnunglose Verhandlung des sensationell gedachten Kommunistenprozesses vor dem Reichsgericht.

(Eigenbericht aus Leipzig.) Der Niedersächsische Reichsgericht hat am Dienstag einen Rechtsfall erledigt. Um 9.30 Uhr sollte der Prozeß gegen Mitglieder der kommunistischen Partei entschieden werden. Angestellt waren die Reichstagsabgeordnete Heseler, Kochen, Becker, Remmle, Stoedter, Haenke, der Landtagsabgeordnete Eberlein sowie die beiden Parteisekretäre Bindau und Schumann. Alle Angeklagten sollten sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Vergesellschaftung der §§ 7, 8, 9 und 10 der Republiksgesetze verantworten, aber erschienen war niemand!

Die Reichsverteidiger der Angeklagten beantragten sofort nach Eröffnung der Verhandlung deren Verhandlung. Daß Rauschhausen sich eine längere Debatte mit dem Oberstaatsanwalt. Das Gericht trat förmlich in die Beratung der

Antrete ein und verhandelte nach mehrstündigem Beratung folgenden Beschluß:

1. Die Hauptverhandlung wird bis auf weiteres verlegt.
2. Die Anerkennung des neuen Termins wird erfolgen, nachdem durch Beschluß des Reichstages die Durchführung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln so schnell wie möglich erfolgt.
3. Die Vorlesung der Angeklagten Bindau und Schumann wird für den anberaumten Termin angeordnet.

Präsident Niedersächsisch mit erhobener Stimme: "Der Vorstand des Deutschen Reiches beruft auf der Durchführung des Rechts. Jeder Staat, der das nicht beachtet, gibt sich selbst auf. In voller Erkenntnis dieses fundamentalen Grundrechts hat das Reichsgericht alles getan, um diesen Prozeß nun endlich durchzuführen. Ich schließe die Verhandlung."

## Die Rebellion in Mexiko.

Präsident Calles bleibt vorläufig oben und greift radikal durch.

(London, 5. Oktober. Radiodienst.) Aus Mexiko-Stadt wird gemeldet: Der mutige General Serrano und eine Anzahl weiterer Rebellenführer sind nach einer feierlichen Befreiung der Festung Tuxpan unternommen. Rund 20000 Mann der aufständischen Truppen sind ebenfalls erobert. Die Offiziere der aufständischen Truppen sind ebenfalls erobert. Präsident Calles hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er die beiden mutigen Generale und Präsidenten Serrano und Serrano als Verräte bezeichnet. Er sei entschlossen, die revolutionäre Bewegung mit allen Mitteln rücksichtslos zu unterdrücken.

Präsidialer Finanzausgleichs im gegenwärtigen Augenblick nicht zu denken sei.

(Berlin, 5. Oktober. Radiodienst.) Die vereinigten Ausschüsse des Reichstages und gestern nachmittags unter dem Vorstand des Reichsfinanzministers Dr. Köhler in die Beratung der Bevölkerungsordnung eingetreten. Vor die technische Beratung der Bevölkerungsordnung wurde laut "Stern" die Debattefrage für die Länder und Gemeinden gestellt. Sie wird heute vorzeitig in einem kleinen Ausschuß weitergeführt, während der große Ausschuß in die technische Beratung der Vorlage eintrete.

Der Reichstagsausschuss für Siedlungen in Oldenburg.

Ein Teil der Angehörigen des Reichstagsausschusses für Siedlungsangelegenheiten, sowie einige Regierungsräte aus Berlin, die gestern abend in Oldenburg eintrafen, begaben sich gestern in Kleinwagen nach Söderhalden und dem Ammerlande, um dort die Siedlungen, die mit Reichshilfe in Geest und Moor geholfen worden sind, zu besichtigen. — Die Kommission, die zusammen etwa 25 Personen stark ist, legt heute die Vorlage nach Ostfriesland fort.

Alten bayerischen Parlamentarier gestorben.

(München, 5. Oktober. Radiodienst.) In Passau ist der bekannte Domprobst Dr. von Bichler, der der Zentralinstanz der bayerischen Abgeordnetenkammer angehört, und der am Vortage seines 75. Geburtstages wogen Beihilfe am Ende eines alten Leidens in das Krankenhaus überführt werden mußte, gestorben. — Die Kommission, die zusammen etwa 25 Personen stark ist, legt heute die Vorlage nach Ostfriesland fort.

Nordpolflieger Nobile in Berlin.

General Calles, der Präsident der Republik Mexiko, steht im Kampf gegen außändische Generäle. Nach den letzten Nachrichten soll der Präsident wieder Herr der Lage sein. Die Führer der Aufständischen sind angeblich bereits hingerichtet worden. General Calles, der vor drei Jahren Deutschland besucht hat, gilt als ein außerordentlicher Freund Deutschlands.

### Bevölkerungsreform und Länder.

(Berlin, 5. Oktober. Radiodienst.) Unter Vorsitz des preußischen Finanzministers fand am Dienstag in Berlin eine Konferenz der Länder statt, die sich mit der Bevölkerungsreform und besonders mit der Reduktion der Kosten beschäftigte, die durch die Länder entstanden. Unter Vorlegung von Rechnungen der erheblichen Mehrlasten wurde übereinstimmend die Forderung erhoben, daß Reich möge auch die Länder bei der Auflösung der Kosten unterstützen.

Berliner Blätter melden heute, daß der Reichsfinanzminister in der gestrigen Vorlesung mit dem Finanzminister der Länder ausgetauscht habe, daß Reichskabinett habe sich einmütig für seine Fassung erklärt, daß an eine Wende.



General Umberto Nobile, der als Führer des Nordpolfliegers von Amundsen viel genannt wurde, ist in einem wissenschaftlichen Vortrag in Berlin eingetragen.

# Junkersflug nach Amerika?

Verkehrssflugzeug D. 1230 von Norderney nach Amsterdam gestoßen - Weiterflug bleibt geheimnisvoll.

**Das dreimotorige Junkersflugzeug D 1230**, das am Montag von Malmö nach Norderney überflogen war, hat von dort am Dienstag nachmittag um 18.45 Uhr den Flug nach den Azoren angefangen. An Bord befinden sich die Flieger Rudolf Freiherr und Rudolf Starke, der Bordmechaniker Rudolf Göttsche und der Bordmechaniker Karl Löwe. Die Flieger bestreiten, den Ozean in Stappen von Europa nach Amerika zu bewältigen. Bei dem Flugzeug handelt es sich um eine Maschine, die besonders für die See umgebaut worden ist. Sie ist mit Schwimmern ausgerüstet und kann sich selbst bei hohem Seegang über Wasser halten. Die Junkerswerke haben in Hörde auf den Acores und Harbour Grace auf Neufundland Hilfsstationen anlegen lassen. Die größte Seestadt, die es zu überwinden gibt, beträgt 230 Kilometer von den Acores bis Neufundland.

(Berlin, 5. Oktober. Radiodienst.) Das deutsche Verkehrssflugzeug D 1230 ist in Amsterdam gelandet. Die Landung ist auf eine Anordnung der Fliegerei zurückzuführen. Gegenwärtige Pressemitteilungen über die Verantwortlichen des neuen deutschen Fluges wird bekannt, daß der Flug von der Aeronautica Junkers beim Reichspostministerium den gesetzlichen Vorschriften gemäß angemeldet worden sei. Der Weiterflug von Amsterdam steht noch nicht fest. Das hängt ganz vom Wetter ab. Auch bezüglich der Richtung des Weiterfluges verlaufen nichts näher.

(Amsterdam, 5. Oktober. Radiodienst.) Das deutsche Junkersflugzeug D 1230 ist heute morgen in aller Stille auf dem Marinaplatz bei Amsterdam zum Weiterflug gestartet. Vor dem Abflug ließen sich die Flieger mit der Amsterdamer Wetterwarte in Verbindung, die sie auch während ihres ganzen Fluges über die Witterungsverhältnisse unterrichten will. Die Flieger waren mühsam und ebenso ihre Passagiere Frau Dillens, eine freudliche Wienerin, die mit ihrem Humor über den Flug hinwegglänzte. Nach einer Schleife über den Flughafen flog D 1230 in vorgeschriebener Richtung davon. Die Piloten hoffen, heute abend um 6 Uhr schon in Lissabon zu sein, wo je nach dem Wetterlage die weitere Route festgestellt werden wird. Beide Flieger legen Wert darauf, daß ihr Flug gut behandelt wird, damit nicht bei ungünstigeren Witterungsverhältnissen große Entstehungen hervorgerufen werden. Sie bekennen daher noch wie vor, daß sie keinen festen Plan haben, sondern sich noch wie vor nur nach dem Wetter richten. Falls die Witterungsverhältnisse bis zur Zeit des Abflugs von Amsterdam bleiben, wollen die Piloten sich nach den Acores weiterstrecken. Frau Dillens bleibt allein unheimlich aber in Amsterdam zurück.

(Dortmund, 5. Oktober. Eigener Drahtbericht.) Die geheimnisvolle Passagierin des deutschen Oceanflugzeuges D 1230 machte vor dem Abflug von Norderney einem Pressevertreter gegenüber interessante Angaben über ihre Person und ihre Wünsche. Danach ist Frau Dillens eine geborene Wienerin aus der Familie des Metzgerbüchlers Mates Hollscher. Dieser schwierige Leute, die ihr Vater habe überwunden müssen, um Mutter zu werden, hätten sich

ihrem Wunsch entgegengestellt. Schauspielerin werden zu Wale sei habe keiner dürfen. Ihr Mann sei Architekt in Wien. Nicht Sensationslust sei es, die sie verdeckt habe, alles aufzubieten, um an dem Flug teilzunehmen, sondern eine Ansicht österreichischer Patrioten, die den brennenden Wunsch hätten, doch auch das heutige kleine und arm gewordene Österreich an solchen Unternehmen beteiligt sei, habe ihr die Teilnahme an dem Überflug ermöglicht. In voller Einverständnis mit ihnen und ihrem Mann trete sie dem Flug an, in dem schweres Gefühl, die erste Frau zu sein, die im Flugzeug den Ozean überquerte, und angestellt in der Hoffnung, doch dieses ein Symbol für das weitere Zusammenleben der beiden brüderlichen Völker Deutschland und Österreich in Rot und Gefahr aber auch im endlichen Glück bedeuten müsse.



Oben: Junkersflieger Starke. Unten: Die Strecke. Das dreimotorige Junkersmaschine G 24 mit den Piloten Herrn Starke, Herrn Starke, Herrn Löwe und dem Mechaniker Rudolf Göttsche zu einem Flug von Norderney über Lissabon, die Acores und Neufundland nach Newark aufzusteigen. Der Oceanflug wird voraussichtlich in vier Stappen durchgeführt.

## Die Schreckensnacht von Dojcie.

Ein irrsinniger Postbeamter zündet ein ungarisches Dorf an.

(Meldung aus Preßburg.) Bei dem Postbeamten Rudolf Dubrau in dem Dorfe Dojcie bei Preßburg machten sich seit einiger Zeit Anzeichen einer Geisteskrankheit bemerkbar. So fäulete er große Mengen Streichhölzer und zündete unablässig ein Streichholz nach dem anderen an, bis der ganze Körner ausgebrannt war. Schließlich wurde er aus dem Dienste entlassen. In der Sonntagnacht stand plötzlich ein großer Teil der Ställe und Scheunen der Ortschaft in Flammen. Die alte Mutter des Postbeamten stand vor dem Feuerwehrwagen auf der Straße und verkündete, daß ihr Sohn sich in einer

brennende Scheune verkrochen habe, nachdem er das Dorf in Brand gestellt hatte. Die Gemeinde konnte den Geisteskranken noch aus der brennenden Scheune retten, er hatte allerdings schwere Verbrennungen erhalten. Es bedurfte des eingesetzten Feuerwehrmannes und der Feuerwehr um ihn vor der Menge zu schützen. Unglücklich das halbe Dorf ist abgebrannt und der Schaden trifft die Bevölkerung nun so schwer, daß die betroffenen Bewohner nicht mehr wohnen können. Dubrau wurde in eine Irrenanstalt überführt.

## Die Liebestragödie des Friseurs.

(Berliner Eigenbericht.) Vor einem Berliner Schmuckrichter hatte sich am Dienstag der 17. Jahre alte Friseur Josef Kohl zu verantwoorden, im Gebrauch der Friseurin Frieda Hoffmann er gestorben hatte. Die beiden hatten sich im September letzten Jahres kennengelernt. Er entpuppte sich als eine Viehdressurkünstlerin, Frau Hoffmann wurde auch Vollhaberin des Friseurgeschäfts, in dem sie einen Domänenalon eingerichtet. In geschäftlichen Beziehungen kam es sehr bald zu Zwistigkeiten. Als Frau Hoffmann längere Zeit krank war, ließ Josef Kohl eine weibliche Kraft ein. Nach ihrer Genesung lehnte er es ab, sie zu entlassen. Die Folge war, daß die geschäftlichen Verbindungen in die Höhe gingen und Frau Hoffmann ein eigenes Geschäft in der Nähe eröffnete. Die persönlichen Beziehungen wurden, aber trotz dieser ausgesetzten, allerdings gab es ständig Junkt und Streit. Am Ende eines sehr heftigen Auftrittes sprang Kohl eines Abends der Frau Hoffmann ins Gesicht, holte sie auf den Hals und wollte sie so in seine Arme werfen, um den Kontakt zu trennen und die Kosten zu sparen. Kohl soll darauf Schlagmord verübt haben, das gelang ihm jedoch nicht. So kam es sich einige Tage nach der Tat der Polizei fest, während der Staatsanwalt acht Jahre Zuchthaus beantragte, lautete das Urteil auf fünf Jahre Gefängnis.

Zuchthaus wegen Notzucht und Straftaten.

Im Waldenburg verurteilte das große Schöffengericht den Bergmann Friedrich Pels aus Niederschönendorf zu zehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Eheverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Bergmann hatte an zahlreichen Orten

des Industriebezirks an Mädchen und Frauen Notzuchtvorwürfen begangen. Ferner werden ihm zahlreiche Fälle von Straftaten zur Last gelegt.

Sieben Arbeiter mit dem Gerüst abgestürzt.

Bei Arbeiten an der Bahndammunterführung bei der Endenburger Hochstraße kürzte der hölzerne Wind ein am Ende Meter hohes Gerüst zusammen. Sieben Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen. Drei von ihnen wurden schwerlich verletzt. Begehr Todesfalls verurteilt.

In Berlin verurteilte das Schöffengericht den Friseur Josef Kohl, der angeklagt war, seine Braut in der Nacht zum 8. Februar d. J. nach einer Eisernerhöhung erdrückt zu haben, wegen Todesfalls zu 5 Jahren Gefängnis unter Untersuchung von 7 Monaten Untersuchungshaft.

Doppelfehlurteil eines Greisenpaares.

In ihrer Wohnung in Charlottenburg wurden ein 93-jähriger Kleinstiner und dessen 83jährige Frau in dem mit Zweigeln angefüllten Schlosstammer bewußtlos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Wirtschaftliche Sorgen sind vermutlich die Gründe zu dem gemeinsamen Vergewaltigungsschritt.

Eine holländische Bankgruppe wird sich, wie uns aus Amsterdam gemeldet wird, an den Preußenanziehenden, die einen Auslandskredit in Höhe von 30 Millionen Mark vorlegen, mit einem Betrag von 4 Millionen Dollar beteiligen.

Die Bahnkämpfe in Sachsen und am Rhein.

In der Solinger Metallindustrie ist die Aussprache, die vom Schlichter herbeigeführt worden war, um zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaften eine Verständigung herzustellen, ergebnislos verlaufen. Wenn jetzt erfolgt, ist mit der Ausverzung zum 6. Oktober zu rechnen. Soviel ihr würden 30.000 Arbeiter betroffen werden.

Im Sohnkreis der ländlichen Textilindustrie haben die Unternehmer die Verbindlichkeitserklärung des für Westfalen gefälligen Schiedspruchs beantragt. Von den Unternehmern ist der Schiedspruch abgelehnt worden. Am Dienstag soll in Reiderdorf eine Konferenz der Textilbetriebe stattfinden, die in dem Schiedspruch für Ostfriesen bestanden habe. Wie wir hören, ist damit zu rechnen, daß der Schiedspruch für Ostfriesen von den Arbeitnehmern abgelehnt wird.

Der für den mittelhessischen Braunkohlenbergbau gefällige Schiedspruch, der bereits von der Gewerkschaft des Deutschen Bergarbeiterverbandes angenommen worden ist, hat jetzt auch die Zustimmung der Funktionäre des Gewerkschaftsgründer Bergarbeiter gefunden. Der Arbeitgeberverband im rheinischen Braunkohlenbergbau hat den Schiedspruch abgelehnt.

Was wird nun wieder begnügen?

Das Reichsjustizministerium lehnt die Veröffentlichung der Liste über die anlässlich der Hindenburgumsturz begnadigten Personen ab. Analog soll das dem Wunsche eines großen Teiles der betroffenen Personen entsprechen. Außerdem wird mitgeteilt, daß die begnadigten Personen zu 75 Prozent den Kommunisten angehören.

Spionage vor dem Reichsgericht.

(Eigenbericht aus Leipzig.) Vor dem Reichsgericht hatte sich der 39jährige Kaufmann Ernst Röde aus Hagenau im Elsass wegen versuchter Spionage und Landesverrat zu verantworten. Röde soll im Jahre 1923 und 1924 in Stuttgart, Ludwigsburg und Magdeburg Nachrichten der Reichswehr, die gehoben waren, dem französischen Spionageseitung überbracht haben. Für seine Spionageaktivität hat er vor den Franzosen 700 Franken erhalten haben. Das Gericht verurteilte Röde nach zweijähriger Verhandlung wegen Verschagens nach § 1 des Spionagegesetzes zu fünf Jahren Gefängnis und drei Jahren Sicherheitsvorhalt. Die bei ihm beschlagnahmten Spionagesachen werden versteigert.

Um die Referenteneinberufungen in Frankreich.

(Paris, 5. Oktober. Radiodienst.) Die Finanzkommission der französischen Kammer hat mit acht gegen seben Stimmen die Einberufung der Referenten im Jahre 1928 abgelehnt. Die Union nimmt gegen die Forderung der Regierung. Diese Ablehnung wird als eine Folge der Zwischenfälle bei der letzten Abstimmungskleinereinberufung gedeutet. Sie wird eine Krise oder den Ministerübergang nicht auslösen.

Parteitagelegenheiten.

Ministerauswahl in Warschau. (Wazowsky-Meldung.) Der Minister für öffentliche Arbeiten im Bildungsamt Moraczevski, 57, jetzt in aller Form endgültig aus der polnischen Sozialistischen Partei ausgeschlossen worden. Er wurde wieder bestimmt von den Parteikräften aufzufordern, gemäß der oppositionellen Stellungnahme der Partei zum Kabinett Bildubski sein Ministeramt niederzulegen. Da Moraczevski, der persönlich mit Bildubski aus dessen revolutionärer Kampfzeit her eng befreundet ist, die Amtsaufgabe nicht ausführen würde, wurde er vor das obere Parteischiedsgericht gestellt, das jetzt an Auseinsatz erkannte. Der Parteivorstand in diesem Beichtschreit decretierte, Moraczevski war schon im überreichen Parlament polnischer sozialistischer Abgeordneter und hat dann 1919 als sozialistischer Ministerpräsident die erste Regierung der polnischen Republik geleitet. Er hat auch in dem jetzigen Kabinett zweifellos noch am stärksten soziale und demokratische Ansichten vertreten, aber die Rechtswendung des Bildubski-Kurses nicht verhindern können. Die notwendige Scheidung wird im Kreise der politischen Parteimitglieder und der Internationale sozialistischen Allianz bedeutet, aber als notwendig erkannt werden.

Das Plenum des preußischen Landtages, das nach den Sommerferien am 10. Oktober wieder zusammentritt, wird vier bis fünf Sitzungen abhalten und sich dann auf etwa vierzehn Tage verlängern. In der Zwischenzeit soll der zuständige Ausschuß die Beamtenbelobungsavordnung beraten.

In Wien hat der Justizausschuss des Nationalrats die Debatte über den sozialdemokratischen Antrag auf Auflösung der Partei wegen der Zillereranfälle Angeklagten beendet und mit den Stimmen der Bürgerlichen gegen die der Sozialdemokraten das Entsetzen in die Spezialdebatte über diesen Antrag abgeschlagen.

Im Mittelpunkt des zweiten Verhandlungstages des Kongresses des Arbeiterpartei in Blackpool stand die Vorberatung auf die nächsten Neuwahlen.

Die Zeitung den nach dem Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schulen und Schmuckläden in München zu errichtenden Praktikantenstellungen in den Vorstudien des Schülungsaußenministeriums Alexander Löhr übertragen worden.

In Düsseldorf wurde der Kirchlichsoziale Kongress eröffnet.

Im Academie-Palast zu Brüssel begann am Dienstag des ersten Internationalen Kongress der Arbeiterschaffenskassen. Es sind zehn Länder, darunter Deutschland und Österreich, vertreten.

Die Untersuchung des Sparkommissars Dr. Schmid über die Zusammenarbeit zwischen Reichsmarinekriegsamt und Reichsbahn-Gesellschaft ist abgeschlossen. Das Ergebnis steht nach einer Besprechung mit dem Reichsinnenminister in nächster Zeit dem Deutschen Reich unterbreitet werden. Es wird nach langem Zeit.

In Hannover wurde der Landrat Krüger, der zu unterstützendem Verteilung, wegen Untreue und Unterföhrung in sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Krüger hat Berufung eingelegt. Es handelt sich um ein Dienstvergehen, bei dem er keine persönlichen Vorteile hatte. Wir kommen noch darauf zurück.

Ablauf eines Abrechnungszeitung.

Auf dem Augustfeld von Sedan wurde bei Schauflügen anlässlich der dort eröffneten Handels- und Industrieausstellung ein Ringkampf, auf dem ein Akrobat während des Auges an einem Trampolin arbeitete, ab. Flieger und Akrobaten wurden schwer verletzt.

Gut gekleidete Herren bevorzugen meine

**Maßanzüge**

Fachmännische Bedienung bei

**Heinr. Bruns - Oldenburg**

Damm 21

Telephon 2219

**Radio**

**„Seibt“**

Oldenburger

Funkhaus

Oldenburg, Stadtmühle

**Neue Herbstmäntel**

In Riesenauwahl

Billige Preise für Qualitätswaren!

*Heroldschmidt*

**F. Remmers Nach.**

Oldenburg

Langestraße 44 Telephon 1000

Die günstigste Bezugsquelle für

**Haus- und**

**Küchengeräte**













